Antrag auf Erteilung einer wasserrechtlichen Erlaubnis für die Beseitigung von Niederschlagswasser

Nach den Bestimmungen des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) in der geltenden Fassung wird beantragt:

- Niederschlagswasser-Einleitung
- Niederschlagswasser-Versickerung

Kurze Beschreibung des Vorhabens:

Antragstellende (bitte vollständig auszufüllen) / siehe hierzu auch digitale Zustellung:

Name, Vorname/ bzw. Firmenbezeichnung	
Anschrift	
Telefon Nr.	
<u>Name und E-Mail verantwortliche Person</u>	
Planungsbüro Name und E-Mail zuständige/r PlanerIn Telefonnummer zuständige/r PlanerIn	

Die Beseitigung des Niederschlagswassers wird auf dem folgenden Grundstück beantragt:

Straße / Hausnr.	
Stadtteil	Bremen-
Wasserschutzgebiet (WSG) (HB-Blumenthal, HB-Vegesack)	☐ Nein ☐ Ja – Bei Grundstücken im WSG gelten andere Anforderungen.
Flur / Flurstück GrundstückseigentümerIn	

Besteht schon eine wasserrechtliche Erlaubnis für das Grundstück?

- Nein Ja, Erlaubnis Nr. / EDV Nr. _____

Folgende Flächen sollen entwässert werden: Zutreffendes bitte ankreuzen und ausfüllen		
☐ Dachflächen, gesamt		m ² :
Flachdach	☐ Nein ☐ Ja	m ² :
Gründach	☐ Nein ☐ Ja	m ² :
Metalldach	☐ Nein ☐ Ja	m ² :
Beschichtung vorhanden	☐ Nein ☐ Ja	Material:
☐ Hofflächen		m ² :
☐ Parkplatzflächen		m ² :
☐ Verkehrsflächen		m ² :
☐ Sonstige Flächen		m ² :
Gesamtfläche (der v. g. Flächen)		m ² :

Folgende Unterlagen sind zunächst per E-Mail an wasserbehoerde@umwelt.bremen.de (vorzugweise in einer PDF) einzureichen:

1. Übersichtslageplan mit Markierung des Grundstücks (M 1:5.000)
2. Erläuterungsbericht mit:
 - Beschreibung des Vorhabens und der Entwässerung
 - Nutzungsart der Flächen (Verkehr, Lagerung, Umschlag etc.)
 - relevanten Betriebsabläufen im Hinblick auf die zu entwässernden Flächen
3. Entwässerungslageplan des gesamten Grundstücks mit Darstellung der:
 - baulichen Anlagen (z.B. Einleitstelle, Einleitbauwerk, Drosselanlagen)
 - zu entwässernden Flächen
 - Maßnahmen zur Regenwasserbewirtschaftung (z.B. Mulden, offene Gräben, Baumrigolen, Rigolen, Flutmulden, Rückhaltebecken, Dachbegrünung, Einstaudächer, flutbare Straßen, Grünflächen, befestigte Freiflächen oder Bauwerke, Kanalisation usw.) inkl. aller erforderlichen Anlagen wie Bodeneinläufe, Fallleitungen, Schächte, Rinnen etc.
 - Behandlungsanlagen (Sedimentationsanlagen, Abscheider etc.)
 - Schematischer (Quer-)Schnittzeichnung von Entwässerungsanlagen (Aufbau, Maße, Abstände) unter Angabe des mittleren höchsten Grundwasserstands (MHGW) und der Oberkante des (geplanten) Geländes
4. Hydraulische Bemessung mit:
 - maßgeblichen Regenspenden gem. aktueller Daten KOSTRA-DWD (2020)
 - Berücksichtigung aller Regendauerstufen und Ermittlung der maßgeblichen Dauerstufe durch iteratives Verfahren
5. Überflutungsnachweis:
 - ab einer Größe von 800 m² abflusswirksamer Fläche
 - nach **DIN 1986-100** „Entwässerungsanlagen für Gebäude und Grundstücke - Teil 100: Bestimmungen in Verbindung mit DIN EN 752 und DIN EN 12056“
 - i.d.R. Prüfung mit mindestens 30-jährlichem Regenereignis, bei kritischer Infrastruktur mit 100-jährlichem Regen (z.B. Krankenhaus, Kindergarten usw.)
 - Berücksichtigung aller Regendauerstufen und Ermittlung der maßgeblichen Dauerstufe durch iteratives Verfahren

6. Bei Versickerung zusätzlich:

- Bemessung der Versickerungsanlagen nach aktuellem **DWA-A 138-1** „Anlagen zur Versickerung von Niederschlagswasser – Teil 1: Planung, Bau, Betrieb“ (Oktober 2024)
- Flächenbewertung nach **DWA-A 138-1** (früheres DWA-M 153 nicht mehr gültig) entsprechend der Belastungskategorien
- Altlastenauskunft des Grundstückes; zu beantragen bei altlastenauskunft@umwelt.bremen.de
- Angaben zu Bodenprofilen und Versickerungsfähigkeit des Bodens unterhalb der Versickerungsanlage nach **DWA-A 138-1** Kapitel 5.3.3.6 durch die Ermittlung der Infiltrationsrate k_i inklusive f_{Methode} , f_{Ort} und k_{Methode}
- Erläuterung der verwendeten Materialien an Dach und Fassade im Kontakt mit Niederschlagswasser (z.B. Metaldach, Kunststoffbeschichtungen, Biozid-haltige Materialien, Gründach u.ä.)
- Prüfung auf Einhaltung der Sickerstrecke von $\geq 1\text{m}$ zum mittleren höchsten Grundwasser (MHGW)

7. Bei Einleitung in ein Oberflächengewässer zusätzlich:

- Bemessung der Einleitung nach aktuellem **DWA- A 102** „Grundsätze zur Bewirtschaftung und Behandlung von Regenwetterabflüssen zur Einleitung in Oberflächengewässer“, Teile 1 und 2 mit zu berücksichtigendem Bemessungsregen:
 $r_{15,5}$
- Flächenbewertung nach **DWA- A 102 Teil 2** entsprechend der Belastungskategorien
- Erläuterung der verwendeten Materialien an Dach und Fassade im Kontakt mit Niederschlagswasser (z.B. Metaldach, Kunststoffbeschichtungen, Biozid-haltige Materialien, Gründach u.ä.)
- Angaben zu Einleitungsstellen mit Koordinaten (inkl. Schnittzeichnung der Einleitstelle ins Gewässer)
- Bewertung gemäß Bemessung gemäß **DWA-M 102** Teil 4: „Wasserhaushaltsbilanz für die Bewirtschaftung des Niederschlagswassers“ unter Bilanzierung der Komponenten des Gebietswasserhaushalts mit den Einzelparametern Verdunstung, Versickerung und Ableitung
- Für die Einleitung in ein Oberflächengewässer ist eine gedrosselte Einleitmenge von maximal $1,5 \text{ l/(s ha)}$ zulässig. In Abhängigkeit der lokalen Verhältnisse des Gewässers sind spezifische Anforderungen festzulegen, sodass durch die Wasserbehörde eine abweichende Menge festgelegt wird. Die Flächengröße wird dabei auf die abflusswirksame Fläche bezogen.

Sie werden zur Einsendung der 1-fachen Papierfassung von der Behörde aufgefordert, sobald die Prüfung der digital eingereichten Unterlagen abgeschlossen ist.

Bitte verzichten Sie bei der Einreichung der Unterlagen auf Plastikmappen, Heftstreifen, Ordner o.ä.

Nur bei Einreichung aller erforderlichen Unterlagen kann eine Bearbeitung erfolgen.

Digitale Zustellung des Bescheides

Sofern Sie nicht widersprechen, wird Ihnen der Bescheid **ausschließlich an die genannte E-Mailadresse der verantwortlichen Person** zugestellt.

- Nein, ich wünsche keine digitale Zustellung. Ich bitte um Zustellung der Papierausfertigung per Post an meine angegebene Anschrift. Mir ist bekannt, dass hierfür die Antragsunterlagen in 2-facher Papierfassung vorzulegen sind.

Ort, Datum

Unterschrift Antragstellende / Bevollmächtigte mit Vollmacht

Ergänzende allgemeine Planungshinweise

Bitte beachten Sie die zusätzlichen nachfolgenden Konkretisierungen:

Im Allgemeinen:

- A) Im Umgang mit Niederschlagswasser ist auf eine Orientierung am natürlichen Gebietswasserhaushalt zu achten. Bei der Planung und Umsetzung sind Konzepte vorzusehen, die eine hohe Verdunstung, Versickerung und eine große örtliche Speicherfähigkeit von Niederschlagswasser aufweisen, um eine möglichst geringe und verzögerte Ableitung in die Vorfluter zu erreichen.
- B) Bei Vorhaben zur Beseitigung von Niederschlagswasser innerhalb von Wasserschutzgebieten sind abweichende Bestimmungen zu beachten (siehe separater „Antrag auf Erteilung einer wasserrechtlichen Genehmigung für Maßnahmen im Wasserschutzgebiet“).
- C) Eine schadlose Beseitigung von Niederschlagswasser von Grundstücken unter 1.000 m² abflusswirksamer Fläche (befestigte oder bebaute Fläche), die überwiegend der Wohnnutzung dienen, ist in der Regel erlaubnisfrei. Beachten Sie die Anforderungen an eine erlaubnisfreie Bewirtschaftung, die der Bekanntmachung von 2014 zu entnehmen sind (Amtsblatt der Freien Hansestadt Bremen 2014, Nr. 177- Bekanntmachung der Anforderungen an die dezentrale Beseitigung von Niederschlagswasser).
- D) Eine Vermischung oder Verdünnung von Niederschlagswasser unterschiedlicher Belastungskategorien ist insbesondere mit dem Ziel, die Behandlungsbedürftigkeit bzw. die Anforderungen für Einleitungen in die Zielgewässer herabzusetzen, nicht zulässig.

- E) Die Zuleitungssysteme von Anlagen zur Beseitigung von Niederschlagswasser müssen ausreichend groß dimensioniert sein, um insbesondere im Starkregenfall den Wasserfluss sicher zu stellen (Nadelöhr-Prinzip).
- F) Bei Flachdächern oder flach geneigten Dächern mit einer Neigung bis 15 Grad ist entsprechend der Bremischen Landesbauordnung (§ 32, Absatz 11) eine Begrünung vorzusehen. Bei Verzicht eines Gründachs aus wirtschaftlichen Gründen, sind im Sinne der nachhaltigen Regenwasserbewirtschaftung auf dem Grundstück alternative Verdunstungsanlagen zu schaffen.

Bei Versickerungen:

- A) Insbesondere vor dem Hintergrund der Novellierung des Arbeitsblatts DWA-A 138 (2024) sind auch die Qualitäten des Niederschlagswassers von Dachflächen zu prüfen. Abhängig von atmosphärischen Verunreinigungen und durch Nutzung oder Material der Dachflächen, kann Niederschlagswasser mit Schwermetallen (z.B. Kupfer, Zink), aber auch organischen Stoffen (z.B. Mineralölkohlenwasserstoffe, Polyzyklische Aromatische Kohlenwasserstoffe, Biozide, Pestizide, Herbizide, Pathogene) belastet sein. Daher ist die Versickerung von Niederschlagswasser (auch von Flächen der Flächengruppen D) grundsätzlich mit der zuständigen Behörde abzustimmen. Je nach stofflicher Belastung des Niederschlagswassers, ist eine wirksame Behandlungsmöglichkeit zu wählen, wie z.B. die bewachsene Bodenzone.
- B) Grundsätzlich ist Niederschlagswasser vor der Versickerung einer Behandlung zu zuführen. Der Abfluss leicht verschmutzter Abflüsse (z.B. von Hof- und Wegeflächen) ist beispielsweise über eine Oberbodenpassage von mind. 20 cm (Versickerungsmulde) zu führen. Eine direkte Einleitung in eine Rigole ist nicht zulässig (siehe DWA-A 138-1).
- C) Eine Schachtversickerung entspricht in Bremen nicht mehr dem Stand der Technik. Insbesondere vor dem Hintergrund des oft bis dicht an die Geländeoberfläche reichenden Grundwasserspiegels werden oberflächennahe Versickerungsanlagen (z.B. Rigolen) bevorzugt.
- D) Vor einer Rigole ist ein Absetzschacht einzuplanen, um die Rigole vor Verschmutzungen zu schützen.
- E) Oberirdische Versickerungsanlagen sind unterirdischen Anlagen vorzuziehen.
- F) Eine Versickerung kann durch das Vorhandensein von Schichtenwasser, gespanntem Grundwasser, Stauwasser und ähnlichen Gegebenheiten im Boden beeinflusst werden. Dies ist bei der Planung zu berücksichtigen.

Bei Einleitung in ein Oberflächengewässer:

- A) Eine Drosselung der Einleitmenge auf 1,5 l/(s ha) ist notwendig, um die Gewässer hydraulisch nicht zu überlasten und eine nachhaltige Niederschlagswasserbewirtschaftung vorzusehen. Sofern von dieser zulässigen Einleitmenge abgewichen werden soll, ist mit der Wasserbehörde eine Abstimmung vorzunehmen.
- B) Zu entwässernde Verkehrs- und Hofflächen, sowie Abflüsse sind stets sauber zu halten, um einen Eintrag zusätzlicher Verschmutzungen in das Gewässer zu vermeiden.